

Positionspapier des Bundes der Deutschen Landjugend e.V.

Für eine Umstrukturierungsprämie für schweinehaltende Betriebe in Deutschland

Einführung

Die Schweinehaltung in Deutschland ist seit Jahren durch wiederkehrende Marktkrisen gekennzeichnet. Die aktuelle Krise in der Schweinebranche stellt jedoch eine besondere Ausnahmesituation dar, weil diesmal mehrere krisenhafte Ursachen zusammenwirken: Corona-Pandemie, Afrikanische Schweinepest (ASP), steigende Futter- bzw. Produktionskosten bei sinkenden Marktpreisen, nachlassende Nachfrage auf den Inlands- und Exportmärkten, Ausbau der eigenen Produktionskapazitäten in wichtigen Abnehmerländern für deutsches Schweinefleisch und zunehmender Konkurrenzdruck durch neue Anbieter auf dem europäischen Markt. Hinzu kommt, dass viele, gerade junge Landwirt:innen, bereits in die Schweinehaltung investiert haben, um den neuen Anforderungen von Seiten der Gesellschaft und der Politik gerecht zu werden. Diese Kosten belasten die Höfe zusätzlich. Rechtliche Hemmnisse in Bezug auf Tierwohlstallneubauten engen die Handlungsspielräume für tierhaltende Betriebe weiter ein.

Die genannten Herausforderungen führen zu einer Situation, die für viele Landwirt:innen akut existenzbedrohend ist und das Risiko ökonomischer und sozialer Verwerfungen in den vor- und nachgelagerten Bereichen und damit insgesamt im ländlichen Raum birgt. Junglandwirt:innen stellen sich diesen Herausforderungen und appellieren an die Politik und Akteure der Wertschöpfungskette, Verantwortung z. B. durch gesetzliche, vertragliche oder finanzielle Regelungen zu übernehmen und gemeinsam an einer nachhaltigen Lösung zu arbeiten.

Zur Bewältigung der Krise auf dem Schweinemarkt und entsprechend den gesellschaftlichen Anforderungen nach bewussterem Fleischkonsum fordert der BDL eine freiwillige, auf fünf Jahre befristete Umstrukturierungsprämie, die durch weitere Instrumente und Maßnahmen wie 5xD¹ flankiert werden muss. Mit dem freiwilligen Angebot, das durch Politik und Handel finanziert werden soll, soll ein gravierender Strukturbruch verhindert und ein moderater Strukturwandel in der Tierhaltung begleitet werden.

Die Umstrukturierungsprämie verfolgt zwei Ansätze:

Erstens bietet die Prämie durch Marktberuhigung nicht nur den Betrieben, die aufhören wollen, eine Perspektive, sondern auch denen, die weiter wirtschaften. Sie umfasst die Schließung/Stilllegung von Betriebszweigen, den

¹ Geburt, Mast, Schlachtung, Verarbeitung und Vermarktung in Deutschland

Umbau oder die Umnutzung von Gebäuden sowie den Aufbau neuer Betriebszweige (z. B. regionale Schlachtung und Vermarktung, Energie). Inwieweit dann die inländische Versorgung in Deutschland mit Schweinefleisch noch sichergestellt werden kann, ist zu prüfen und kritisch zu hinterfragen.

Zweitens soll die Umstrukturierungsprämie an Betriebe gezahlt werden, die im Rahmen einer Umgestaltung der Ställe, hin zu mehr Tierwohl, ihren Bestand an Tieren deutlich reduzieren. Ziel ist es hier, Wertschöpfung und Knowhow in Deutschland zu halten und sich gleichzeitig an die veränderten gesellschaftlichen und politisch gewollten Anforderungen an Tierwohl, Umwelt- und Klimaschutz anzupassen. Dabei steht die Nachhaltigkeit, insbesondere die Wirtschaftlichkeit, der Betriebe im Fokus.

Die Umstrukturierungsprämie stellt einen Beitrag zur Einkommens- und Arbeitsplatzsicherung eines systemrelevanten Sektors (entlang der Wertschöpfungskette Schwein) dar. Nur Betriebe, deren Wirtschaftlichkeit gegeben ist und die ausreichend Planungssicherheit haben, werden in der Zukunft am Markt bestehen und Tierwohlleistungen umsetzen können. Daher liegt diese Prämie auch im Interesse von Junglandwirt:innen und potentiellen Betriebsnachfolger:innen.

Hinsichtlich der Ausgestaltung dieser Umstrukturierungsprämie fordert der BDL:

- dass diese von einem Fachgremium (z. B. der Borchert-Kommission) möglichst schnell entwickelt und von der Politik beschlossen wird.
- dass dafür, wie beim Ausstieg aus dem Bereich Kohle, zusätzliche staatliche und private Mittel (z.B. durch den Handel) bereitgestellt und keine Gelder aus anderen Förderprogrammen entnommen werden.
- dass der Abbau der Tierbestände **freiwillig** und gerecht erfolgen muss.
- Planungs- und Rechtssicherheit bei Stallumbauten und -neubauten sowie Betriebsgenehmigungen und die Auflösung von Zielkonflikten zwischen Tierwohl, Emissions- und Baurecht.
- klare Teilnahmebedingungen für das Umstrukturierungsprogramm und einen geringen Bürokratieaufwand.

Mit einer Umstrukturierungsprämie in Deutschland allein wird die Krise am Schweinemarkt nicht zu bewältigen sein. Daher fordert der BDL ein **gemeinsames Vorgehen in der EU**, um Wettbewerbsverzerrungen innerhalb des EU-Binnenmarktes und Produktionsverlagerungen ins Ausland zu vermeiden. Diese EU-weiten Rahmenbedingungen müssen beinhalten:

- hohe einheitliche Tierwohlstandards auf dem EU-Binnenmarkt
- finanzielle Unterstützungs-/Ausgleichszahlungen bei der Umsetzung der höheren deutschen Tierwohlstandards

**Der BDL richtet an Politik und Akteure der Wertschöpfungskette
ergänzend folgende Forderungen:**

Von der Politik fordert der BDL:

- ein Bekenntnis zur Tierhaltung in Deutschland mit hohen Standards.
- Lösungsvorschläge zur Schweinekrise und Aussagen zur Zukunft der deutschen Tierhaltung in die Koalitionsverhandlungen, das 100-Tage-Regierungsprogramm und die Koalitionsvereinbarungen aufzunehmen.
- die Umsetzung der Empfehlungen der Borchert-Kommission und deren finanzielle Absicherung.
- die flächendeckende Einführung, Finanzierung und Kennzeichnung von 5xD politisch voranzutreiben.
- die Förderung von regionaler Schlachtung und Verarbeitung sowie Direktvermarktung.
- auf klare Wettbewerbsregeln und deren Einhaltung zu achten: Der Handel darf seine Marktmacht nicht auf dem Rücken der Erzeuger:innen austragen.

Lebensmitteleinzelhandel (LEH) und Ernährungswirtschaft sollen:

- sich zusammen mit der Politik zur heimischen Produktion bekennen und 5xD zu finanzieren und umzusetzen, sowie Tierwohleleistungen entsprechend kennzeichnen und honorieren.
- angemessene Preise für höhere Qualitäten im 5xD Bereich zu zahlen und Preiskampf im Einzelhandel nicht auf dem Rücken der Produzent:innen austragen.
- neue Wertschöpfungsketten im Inland aufbauen, um stärker als bisher das gesamte Tier in Deutschland verwerten zu können.

Verbraucher:innen sind aufgefordert:

- bei jedem Einkauf die Herkunft bzw. Regionalität, die Erzeugung, Haltung, Fütterung und Schlachtung sowie das Tierwohl nachzufragen.
- tierische Lebensmittel und die Arbeit der Landwirt:innen über einen angemessenen Preis wertzuschätzen.

Schlussbemerkung:

Es werden klare politische Signale und langfristig verlässliche ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen (Planungssicherheit) benötigt, damit Junglandwirt:innen in der Tierhaltung überhaupt noch eine Zukunft sehen und bereit sind, in mehr Tierwohl sowie Umwelt- und Klimaschutz zu investieren.